



Der Historiker Veit Arlt ist Geschäftsführer des Zentrums für Afrikastudien Basel. Kontakt: veit.arlt@unibas.ch.

Impressum

Ausgabe 154 | Mai/Juni 2014
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 39. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto Basel: 40-17754-3
(IBAN CH26 0900 0000 4001 7754 3)

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Julia Büchele, Pius Frey, Susy Greuter (Red.), Eva Keller, Esther Leemann, Luregn Lenggenhager, Nora Maier, James Merron, Barbara Müller, Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer, Ruedi Suter, Paul Sutermeister, Esther Uzar.

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 25.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 60.–/Euro 50.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 155: 30. Juni 2014
Schwerpunktthema: 20 Jahre Demokratie in Südafrika – die Rolle der Rohstoffe
Schwerpunktthemen nächster Ausgaben: Eritrea, politische Partizipation und Demokratie, Religion und Politik, Verkehr, Wahrnehmung Afrikas.
InteressentInnen an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Green Grabbing. Gemälde des philippinischen Künstlers Boy Dominguez, erstmals veröffentlicht als Titelbild des Journal of Peasant Studies, Band 39, No. 2, 2012 (Themenheft Green Grabbing, siehe auch Buchbesprechung auf Seite 14).

Eine grüne Wirtschaft, der Schutz der Natur, die Erhaltung der Artenvielfalt – all dies sind Ziele, die die meisten von uns hochhalten. Doch wie dieses Heft an verschiedenen Beispielen aufzeigt, haben Massnahmen zur Erreichung dieser Anliegen oftmals schwerwiegende negative Folgen für die Menschen in den betroffenen Gebieten. Denn Naturschutzgebiete werden kaum je in menschenleeren Räumen errichtet. Da sie den Zugang von Menschen, aber auch von Nutztieren einschränken, erzeugen sie Druck auf angrenzende landwirtschaftliche Gebiete und behindern die Autonomie der Bevölkerung. Nur beschränkt können Naturschutzpärke Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Menschen bieten, und oft folgen sie den wirtschaftlichen und politischen Interessen internationaler Akteure. Auch dort, wo grosse Beschäftigungsprogramme für ökologische Massnahmen implementiert werden, wie in Südafrika, bleibt ein grosses Ungleichgewicht bestehen.

Die Definitionsmacht darüber, wie die Zukunft einer Region aussehen soll, liegt in den seltensten Fällen bei deren BewohnerInnen, und sie wird massgeblich von internationalen Kapitalflüssen gesteuert. Weltweit suchen AnlegerInnen nach sinnvollen, nachhaltigen und ökologisch vertretbaren Investitionsmöglichkeiten. Es ist somit auch unser Geld, das im Spiel ist, wenn Land zum Zwecke des Naturschutzes veräussert wird. Wir sind deshalb gefordert, genau hinzusehen und uns über die Prozesse, die mit unserem Geld mitgetragen werden, Rechenschaft abzulegen.

In unserem Hintergrundartikel fragt Esther Uzar nach dem Stand der Aufarbeitung des Massakers von Marikana im August 2012. Die Untersuchungskommission zeigt einmal mehr auf, wie eng Rohstoffausbeutung und Staat in Südafrika verbunden sind. Der Beitrag ist somit auch ein Ausblick auf unser nächstes Heft: Im Hinblick auf eine Tagung im Herbst 2014 werden wir uns mit 20 Jahren Demokratie in Südafrika auseinandersetzen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Rohstoff-Industrie.

Ich bedanke mich bei allen, die zu diesem Heft beigetragen haben und wünsche eine anregende Lektüre.

Veit Arlt



Zweischneidiger Naturschutz

Die Mächtigen drücken sich um die Nachhaltigkeit

Den Schutzgebieten, den Nationalparks und schliesslich der Biodiversität droht der Kollaps. Damit es nicht soweit kommt, müssen vorab die Armut bekämpft, Menschenrechte respektiert und Geld bereitgestellt werden, reklamierten WissenschaftlerInnen am World Parks Congress in Durban 2003. Auch gute zehn Jahre später, im Hinblick auf den Kongress in Sydney 2014, hat diese Mahnung nicht an Aktualität verloren, meint Ruedi Suter.

Das grösste Dilemma scheint erkannt: ohne die gleichzeitige Bekämpfung der Armut haben Wildschutz und Erhaltung ursprünglicher Landschaften in Nationalparks keine Chance. Die internationale Staatengemeinschaft muss nicht nur genügend Mittel für sinnvolle, gut durchdachte und streng kontrollierte Massnahmen zur lebensnotwendigen Erhaltung der Biodiversität zur Verfügung stellen, sondern auch die wirtschaftliche Situation der betroffenen Bevölkerung verbessern. Denn dort, wo existenzielle Not und Korruption herrschen, sind die sogenannten Inseln der Ursprünglichkeit besonders gefährdet – durch Wilderei, Abholzung, Staudämme und Strassen, luxuriöse Tourismusprojekte, illegale Minen und wilde Siedlungen.

Naturschutz und Menschenrechte

Dabei rächt sich, dass zahlreiche Schutzgebiete über die Köpfe der Einheimischen hinweg errichtet werden – ohne Mitspracherecht, Kompensation und Profitbeteiligung. So werden heute noch Menschen in Afrika, Asien und Amerika von Regierungen aus ihrer Heimat vertrieben. Dies mit tatkräftiger Hilfe von Konzernen und nicht selten Duldung durch Entwicklungs- und Umweltschutzorganisationen. Aktuelle Beispiele dafür sind die desolate Situation der Pygmäen in den Regenwäldern des zentralen Afrikas, deren Lebensraum durch Holz- und Minenkonzerne, aber auch durch Naturschutzmassnahmen eingeschränkt wird, oder die Vertreibung der Khoisan aus der Kalahari, einem Gebiet, das seit Jahrhunderten ihre Heimat ist.

Naturschutzmassnahmen, welche die Interessen der direkt betroffenen Bevölkerung nicht berücksichtigen oder gar mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen, sind nie nachhaltig. Das zeigt sich etwa in Nationalparks des südlichen und östlichen Afrikas, wo Sabotage und Wilderei häufig zu Mitteln des sozialen Protests und der Selbsthilfe werden. Sensibilisierte Verantwortliche in Organisationen und Behörden zogen schon vor Jahren den Schluss: Parks überleben nur dann, wenn sie von der betroffenen Bevölkerung akzeptiert, gewünscht und verteidigt werden – beispielsweise weil sie Arbeitsplätze schaffen, oder weil finanzielle Entschädigungen respektive Gewinnbeteiligungen die Menschen zum Mitmachen motivieren und dazu beitragen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.

In Theorie stehen rund zwölf Prozent der Erdoberfläche unter Naturschutz. Noch vor zwei Dekaden waren erst sechs Prozent geschützt. Allerdings sagen die

se Zahlen nichts über die – oft miserable – Qualität des Schutzes aus. Weltweit leiden Zehntausende von Schutzgebieten unter fehlenden Mitteln. Der Mangel an Geld, Personal, Fahrzeugen, Treibstoff, Ausrüstung und Kommunikationsmitteln führt zunehmend zu irreversiblen Schäden an Fauna und Flora.

Wesentlich mehr Mittel für Naturschutz benötigt

Verantwortungsvoller und erfolgreicher Naturschutz, so zeigte sich bereits an dem von der Weltnaturschutzorganisation IUCN 2003 einberufenen World Parks Congress in Durban, ist in der Regel sehr komplex und muss regionale Gegebenheiten – kulturelle, soziale, demographische, politische – berücksichtigen. Auf jeden Fall bedingt er den Einsatz von Geld, viel Geld – etwa für Unterhalt, Studien oder Kontrollen in den Schutzgebieten. Um weitere bedrohte Gebiete zu schützen und die bis heute ausgeschiedenen Schutzzonen zu erhalten, wären laut einer damals in Durban vorgestellten Studie von Conservation International und dem Center for Applied Biodiversity Science (Aaron Bruner, John Hanks, Lee Hannah) jährlich 23 Milliarden Dollar notwendig. Doch die bis 2003 global zur Verfügung stehenden Mittel für die Schutzanstrengungen betragen pro Jahr nur rund sieben Milliarden Dollar. Davon floss wiederum nicht einmal eine Milliarde in Entwicklungsländer. Und die unterdessen hereingebrochene Finanzkrise hat anstelle der dringenden Verbesserung eher eine Verschlechterung der Situation gebracht.

Ökotourismus und Privatisierung

Mit gutem Management, komplementären Ökotourismus-Angeboten rund um die Pärke, aber auch durch Privatisierungen möchte man Naturpärke zu Publikums-magneten und Profitzentren entwickeln, die weit über ihre Grenzen hinaus strahlen. Abgelegenen, schwer zugänglichen oder weniger attraktiven Schutzgebieten werden solche Entwicklungen aber verwehrt bleiben – dafür gibt es viele Beispiele. So macht die Zukunftssicherung der Schutzgebiete auf diesem Planeten insgesamt grosse Sorgen. Denn ihre zentrale Bedeutung für die ohnehin angeschlagene Biodiversität wird von Politik und Wirtschaft nach wie vor nicht ernst genommen. ■



Der freie Journalist Ruedi Suter schreibt unter anderem für OnlineReports. Umweltschutz und Menschenrechte gehören zu seinen Kernthemen, so ist er unter anderem Autor der Biografie «Bruno Manser. Die Stimme des Waldes» (Bern 2005, Zytglogge). Kontakt: ruedi.suter@mediaspace.ch.

Der Masoala Nationalpark in Madagaskar

Die Interessen der betroffenen Bevölkerung werden nicht gen

Madagaskar gehört zu den Ländern Afrikas, in denen sich vor allem ausländische Investoren unter meist völlig intransparenten Bedingungen grosse Landstücke zwecks Ausbeutung der natürlichen Ressourcen aneignen. Da die Insel im Indischen Ozean für ihre aussergewöhnliche Biodiversität weltberühmt ist, wurden seit Mitte der 1980er Jahre (unter dem Druck ausländischer Finanzgeber) zusätzlich grosse Gebiete unter Naturschutz gestellt. Eva Keller und Esther Leemann zeigen am Beispiel des Masoala Nationalparks auf, welche gravierenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen die Schaffung eines solchen Schutzgebiets zeitigen kann.

Wie die Privatisierung von Boden im Falle von Land Grab bewirkt auch der Naturschutz eine massive Einschränkung des Zugangs zu Land und Ressourcen und hat somit schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben und den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung. Interessanterweise wird aber das Green Grabbing von LandrechtsaktivistInnen, Menschenrechtsorganisationen, Medien und damit einer breiteren Öffentlichkeit praktisch ignoriert.

Praktiken, wie etwa die Brandrodung, werden als in jedem Kontext negativ dargestellt und sollen deshalb verhindert werden. Die Menschen müssen folglich erzogen und instruiert werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Nur ganz bestimmte lokale Praktiken – zum Beispiel das Sammeln von Waldprodukten – werden als nachhaltige Erwerbsformen propagiert. Dass traditionelle NutzerInnen kriminalisiert werden, wenn sie auf ihrem angestammten, nun aber unter Schutz gestellten Land Brandrodungsfeldbau betreiben oder es beweiden, bleibt unerwähnt.

Die Schattenseiten des Masoala Nationalparks

In Madagaskar gehört der 1997 gegründete Masoala Nationalpark zu den grössten Naturschutzgebieten. Trotz gegenteiliger Aussagen der verantwortlichen Organisationen (neben der madagassischen Parkbehörde insbesondere die vom Zoo Zürich unterstützte Wildlife Conservation Society) lässt weder die Situation vor Ort noch die Wahrnehmung der betroffenen Menschen auf eine echte Partizipation bei der Festlegung der Parkgrenzen schliessen. Die Situation in den Dörfern Ambanizana und Marofototra an der Westküste der Masoala Halbinsel zeigt exemplarisch auf, dass der Park für die lokalen BäuerInnen eine existentielle Bedrohung darstellt.

Die BewohnerInnen der beiden Dörfer bauen in erster Linie Reis zur Selbstversorgung an. Wer flaches Land entlang von Flüssen oder Bächen besitzt, baut Nassreis an. Die ärmeren Familien sind hingegen darauf angewiesen, mit Hilfe von Brandrodung Trockenreis an den steilen Hängen der dorfnahen Hügel anzubauen. Um die Brandrodung zu stoppen, wurde ein beträchtlicher Teil dieser Gebiete in den Park eingezont, ohne dass die Betroffenen eine adäquate Entschädigung erhalten hätten. Zwar wurden sie meist nicht von ihrem Land vertrieben, aber ihre Nutzungsrechte sind nun massiv eingeschränkt, und jeglicher Einsatz von Feuer als landwirtschaftliche Methode ist ihnen untersagt. Dies verunmöglicht den Anbau von Trockenreis, und als Folge sind die ärmsten Bevölkerungsteile der beiden Dörfer gezwungen, ihr wichtigstes Grundnahrungsmittel zuzukaufen. Wenn das Geld nicht reicht, müssen die Mägen mit Maniok gefüllt oder Mahlzeiten gestrichen werden.

Zusätzlich zum jeweils aktuell bebauten Land besitzen fast alle Familien Waldflächen, die im Moment nicht genutzt werden. Diese Flächen sollten kommenden Generationen als Lebensgrundlage dienen. Ungenutztes, bewaldetes Land wurde jedoch bei der Grenzziehung des Parks diskussions- und ersatzlos eingezont, ungeachtet des traditionellen Rechts, wonach solches



Das geeignete Land für den Anbau von Nassreis ist knapp, der Anbau von Trockenreis auf den steilen Hängen und die damit einhergehende Brandrodung nunmehr verboten (Bild: Eva Keller 2012).

Es sind verschiedene Faktoren, die diese unterschiedliche Reaktion auf die Enteignung von Land bewirken. Grundsätzlich erliegen wir wohl einem sehr erfolgreichen grünen Diskurs, der den Ausschluss der Lokalbevölkerung und die Verletzung ihrer Rechte verschweigt, verschleiert oder im Namen der Umwelt rechtfertigt. So erscheinen die ortsansässigen Menschen kaum je im Bild, wenn es um Schutzgebiete geht. Green Grabbing konstruiert ein Bild unberührter Natur, die es vor «dem Menschen» zu schützen gilt, wobei jene Menschen, um die es konkret geht, und ihre Beziehung zur Umwelt ausgeblendet werden. So werden beispielsweise Wälder nicht als sozial und kulturell bedeutsame Orte, sondern sehr einseitig in ihrer Bedeutung für den Erhalt der Biodiversität oder als sogenannte CO₂-Senken thematisiert.

Werden die lokalen NutzerInnen doch erwähnt, dann werden sie auf eine Art dargestellt, die ihren Ausschluss aus den Schutzgebieten legitimiert: als zerstörerisch, ignorant und arm. Wichtig ist in diesem Zusammenhang das Narrativ der Degradierung. Gewisse

Brachland durchaus BesitzerInnen hat.

Bereits 2002 änderte die Weltbank ihre Politik, derzufolge nicht mehr nur physisch umgesiedelte oder vertriebene Menschen als «displaced» gelten, sondern auch diejenigen, die aufgrund eines neu eingeschränkten Zugangs zu lebenswichtigen Ressourcen (weiter) verarmen. Gemäss diesen aktuellen Richtlinien würden die betroffenen Familien in Masoala als «displaced persons» anerkannt. Somit stünde ihnen eine Entschädigung zu, die ihre ökonomische Situation zumindest stabilisiert. Von solchen Entschädigungen ist in Madagaskar jedoch schlicht nicht die Rede.

Traumatische Fremdbestimmung

Der Masoala Nationalpark hat für die ansässige Bevölkerung also gravierende ökonomische Konsequenzen. Gleichzeitig stellt er eine im kulturellen Sinn existentielle und historisch verankerte Bedrohung dar. Das madagassische Wort «fanandevôzana» – meist als «Versklavung» übersetzt – bezeichnet eine Situation, in der eine Bevölkerung von mächtigen Outsidern fremdbestimmt wird und diesen dienen muss. In Masoala werden zwei historische Epochen als fanandevôzana bezeichnet: die französische Kolonialzeit sowie die vorkoloniale Herrschaft der Merina, der bis heute politisch und wirtschaftlich dominanten Gruppe aus dem zentralen Hochland des Landes. Die Schaffung des Masoala Nationalparks und seine Konsequenzen für die lokale Bevölkerung haben bei vielen Menschen in Masoala Ängste ausgelöst, dass erneut eine Zeit der fanandevôzana auf sie zukommen könnte. Dies insbesondere, weil der Park von der Zentralregierung geschaffen wurde und von weissen Fremden unterstützt und finanziert wird. Letztere tauchen in für die Bevölkerung meist undurchschaubaren Zusammenhängen und mit unklaren Absichten in Dörfern wie Ambanizana oder Marofotra auf. Die Schaffung des Nationalparks hat somit zu einer gemeinsamen Rückkehr jener beiden Gruppen geführt, die Masoala in der Vergangenheit bereits einmal fremdbestimmt hatten. Speziell alte Menschen, die persönliche Erinnerungen an die Kolonialzeit haben, empfinden diese Angst und sind sich gleichzeitig der eigenen Machtlosigkeit schmerzhaft bewusst.

In Madagaskar existierten bis anfangs des 20. Jahrhunderts verschiedene Systeme der Versklavung. Grosse Teile der Bevölkerung wurden über den Seehandel verkauft oder auf der Insel als Leibeigene gehalten. Nachdem zu Beginn der Kolonialzeit diese alten Formen der Sklaverei verboten wurden, migrierten viele nun freie, aber landlose Menschen in Gegenden der Insel, wo es möglich war, eine neue Existenz aufzubauen. Masoala, ein riesiges, fast unbewohntes, bewaldetes Gebiet bot eine ideale Ausgangslage. Es ging nicht nur darum, auf eigenem Land Nahrung für die Selbstversorgung anzupflanzen. In Madagaskar wird nur als sozial vollwertiger Mensch anerkannt, wer über Generationen eine enge Verbindung zu einem bestimmten Herkunftsort hat, an dem sich die Grabstätte der Familie befindet. Der Nachweis eines solchen «Landes der Ahnen» kennzeichnet Nicht-SklavInnen. Viele Menschen in den beiden Dörfern sind NachfahrInnen von vormals versklavten MigrantInnen, die in Masoala ihre Geschich-

te neu begonnen hatten. Im Verlauf mehrerer Generationen gelang es ihren Nachkommen, wieder zu vollwertigen Menschen zu werden auf Land, in dem sie verwurzelt sind und das sie als «Land der Ahnen» bezeichnen können. Insbesondere viele der vergleichsweise armen Familien, die auf den Anbau von Trockenreis mittels Brandrodung angewiesen und daher von den Konsequenzen des Parks besonders hart getroffen sind, gehören zu dieser Gruppe. Historisch gesehen ist der erneute Verlust von Land bei diesen Menschen besonders irritierend.

Der Masoala Nationalpark stellt für die lokale Bevölkerung also eine zweifache existentielle Bedrohung dar: Land, das die ökonomische Lebensgrundlage für die Gegenwart wie die Zukunft darstellt, wurde enteignet. Und in mancher Hinsicht bremst der Park auch ehemals rechtlose Menschen in ihrem Bestreben aus, sich eine neue soziale Identität aufzubauen.

Gefragt ist ein progressiver, rechtsbasierter Ansatz im Umweltschutz. Es geht darum, die Rechte der lokalen Bevölkerung anzuerkennen und Rechtsverletzungen als solche wahrzunehmen und als inakzeptabel anzuprangern. Auch Umweltschutzprojekte müssen einem sozialen Standard verpflichtet sein; der ökologische Zweck heiligt nicht jedes Mittel. ■

Weiterführende Literatur

Zum Problem des Land Grabbing in Madagaskar ist vor kurzem ein reichhaltiger Report erschienen. Er basiert auf der Arbeit der drei Nichtregierungsorganisationen Re:Common (Italien), Solidarity among Land Actors SIF und Collective for the Defence of Malagasy Lands TANY (Madagascar) und dokumentiert verschiedene Formen von Land Grabbing für den Abbau von Mineralien oder zur Produktion von Bioenergie, Holz, pharmazeutisch verwendbaren Pflanzen oder Nahrungsmitteln für den Export:

«Land Grabbing in Madagascar. Echoes and Testimonies from the Field. 2013.»

Verfügbar unter: <http://farmlandgrab.org/post/view/22796-land-grabbing-in-madagascar-echoes-and-testimonies-from-the-field-report-launch>.

Zur Frage der Anerkennung von Displacement in Folge von Einzonungen von Schutzgebieten siehe:

Cernea, M.: Re-examining «Displacement»: A redefinition of concepts in development and conservation policies. *Social Change*, 36 (1) 2006: 8–35.

Eva Keller ist Ethnologin und macht seit 1998 regelmässig Feldforschung in der Region von Masoala/Maroantsetra, seit 2005 in den beiden erwähnten Dörfern. Die Ergebnisse ihres Forschungsprojektes zum Masoala Nationalpark präsentiert sie in ihrem Buch «Beyond the Lens of Conservation. Malagasy and Swiss Imaginations of One Another», das im Februar 2015 bei Berghahn erscheinen wird. Kontakt: e.s.keller@bluewin.ch.

Esther Leemann ist Ethnologin und hat Forschungen zu Management von natürlichen Ressourcen, Umsiedlungen und Wiederaufbau nach Naturkatastrophen in Nicaragua und Vietnam durchgeführt. Zur Zeit leitet sie ein Forschungsprojekt zu Land Grabbing und Umsiedlung in Kambodscha. Kontakt: esther.leemann@unilu.ch.

Beide Autorinnen sind im Vorstand des Vereins «Human Rights in Masoala» engagiert (www.human-rights-masoala.org).

Zimbabwes Nationalpark Gonarezhou

Ein Beispiel unter vielen

Die südwestliche Ecke Zimbabwes ist einbezogen in die Diskussionen um grenzübergreifende Wildpärke, die sogenannten «Peace Parcs». Bereits zu Zeiten des Befreiungskrieges und der Apartheid wurde der Gonarezhou zeitweise grosszügig erweitert, um mit dem Sengwe Korridor die «Lücke» zum Krügerpark zu schliessen. Militärische Interessen spielen bei diesen Überlegungen keine geringe Rolle. Doch auch die materiellen und kulturellen Verluste der Zivilbevölkerung, die sich keine Safaris leisten kann, jedoch traditionelle Überlebensstrategien an diese Gegenden knüpft, dürfen nicht vergessen werden, schreibt Susy Greuter.

Mein Interesse an der Geschichte des Gonarezhou Nationalparks hat ihren Ursprung in einer Begegnung auf seiner Umfahrungspiste, die mich nach Chiredzi zurückbringen sollte. Ein einzelner Mann war da unterwegs, wo weit und breit kein Dorf zu sehen war oder Felder die Einöde kargen Buschwaldes und der Trockensavanne unterbrachen. Bis auf kleine Gerätschaften, die er möglicherweise zum Fallenstellen benötigte, führte er nichts mit sich. Ich stieg aus, um ihn nicht vom «hohen Ross» meines Land Rovers anzusprechen und erkundigte mich, ob ich auf dem richtigen Weg sei. Da er recht gut Englisch sprach, fragte ich weiter nach dem, was das Thema meiner Reise war: nach den Folgen der jüngsten Verbannung der AnwohnerInnen aus einer Zone von fünf Kilometern Breite entlang der mozambikanischen Grenze. Diesen Streifen hatte sich das zimbabwische Militär 1988 bis 1991 ausbedungen als Pufferzone gegen die gelegentlichen Einbrüche von RENAMO-Einheiten, die sich bei der grenznahen Bevölkerung gewaltsam Proviant verschafften. «Es ist dies die vierte Umsiedlung seit ich ein Kind war», war die Antwort des Mannes. Seine knappen Ausführungen begannen mit der Vertreibung aller BewohnerInnen des Gonarezhou-Gebietes, damals ein im Prinzip bewohnbares Wildtierreservat. Das war 1968.

Die einst dünn besiedelte Wildnis des heutigen Park-Areals hatte jedoch schon in den 1930er Jahren im Zusammenhang mit dem berühmten Erlass zur Aufteilung des Landes (Land Apportionment Act) Anlass zu Diskussionen in der britischen Kolonialverwaltung gegeben. Da das riesige Trockengebiet mit meist dünner Erdkruste kaum grössere Weide- oder Ackerflächen bot, die sich für die Ansiedlung weisser FarmerInnen geeignet hätten, erklärte man es zum Wildtierreservat, um auch diesem «eroberten» Gebiet einen zivilisatorischen Stempel aufzudrücken. Diese Massnahme brachte zwar noch keine Vertreibung der auf etwa 7000 Personen geschätzten Bevölkerung mit sich, doch wurden dieser durch wissenschaftlich begründete Massnahmen eine Reihe von Verboten auferlegt, die ihre Lebensweise gravierend einschränkten. So wurde der Bevölkerung Gonarezhous und der angrenzenden «Tribal Trust Lands» («Stammesgebieten», TTL) geboten, ihre Weiler und Gärten entlang der Flüsse oder an artesischen Teichen abzubauen und landeinwärts zu ziehen, da die Wildtränken unbehelligt zu bleiben hatten. Der Fischfang, die Wasserbeschaffung und der Gartenbau entlang der Ufer als zusätzliche Wirtschaftsgrundlagen zu etwas Viehzucht und Feldbau und der – theoretisch nun ebenfalls verbotenen – Jagd, wurden dadurch prekär. Kontrollen waren in dem riesigen Schutzgebiet

allerdings seltener als in den TTL, doch Mobilität wurde damit noch wichtiger in dieser anspruchsvollen Landschaft, in der schon immer eine Vielzahl von Unternehmungen zur Sicherung des Überlebens notwendig waren. Die traditionelle Transhumanz zwischen den Weilern an den Flüssen und den einfachen Hütten nahe der Weiden und Feldflächen wurde nun von einer halbnomadischen Lebensweise abgelöst.

Das westlich des Wildtierreservats gelegene, etwas fruchtbarere Gebiet wurde zum TTL erklärt, in welches die Shangaan aus dem weiter westwärts nun als Kronland definierten Gebiet zusammengetrieben wurden. Dies war nun Siedlungsgebiet für weisse ViehzüchterInnen und somit Sperrzone für die Shangaan. Hingegen wurde das Wildtierreservat im Osten für sie zu einer gelegentlichen Ressource; hier suchten sie bei Dürren weitere Weidemöglichkeiten für ihr Vieh und gingen verbotenerweise auf die Jagd.

Sehr früh wurde auch die Migration zu den Minen von Kimberley in Südafrika zu einem wichtigen wirtschaftlichen Standbein, was eine rasche Modernisierung zur Folge hatte. 1936 schätzte der Verwaltungsbeamte des Chipinge-Distrikts, dass an die 70 Prozent der männlichen Shangaan-Bevölkerung den grössten Teil des Jahres in den Minen und auf den Farmen im Transvaal arbeiteten.

Verdichtungen

Diese Situation änderte sich erst anfangs der 1950er Jahre, da nach dem zweiten Weltkrieg der Zustrom von SiedlerInnen aus Grossbritannien beträchtlich zunahm. Aus dem südlichen Matabeleland und dem Viktoria Fall-Reservat wurde eine grosse Zahl von Ndebele und Karangas neu in den Sengwe TTL angesiedelt, in den Matibi TTL Vertriebene aus Hippo Valley und Gutu. Der Druck auf diese wenig fruchtbaren Gebiete wurde grösser, die Eisenholz- und Auenwälder wurden lichter. Dann meldete sich auch noch die Tsetsefliege zurück, die bei der grossen Rinderpest des Jahres 1896 zusammen mit fast allem Wild verschwunden war. Dies führte in den 1960er Jahren zu neuen, hektischen Massnahmen der Landwirtschaftsbehörde: Es wurde verboten, das Vieh in die Wildtierreservate und aus diesen heraus zu treiben, um eine Ansteckung zu vermeiden. Der Gürtel von TTL um den Gonarezhou wurde nun als Barriere gegen die Übertragung von Seuchen (wie der Maul- und Klauenseuche) auf die westlich liegenden Viehfarmen gesehen. Mannigfache Sanktionen sollten diese Anordnung sichern. Für die Shangaan, die ihre Herden mittels weiträumiger Wanderungen versorgten, war dies eine erneute bedeutende Beeinträchtigung.

In derselben Zeit wurde das ursprünglich recht romantische Konzept des Naturschutzes kommerziell interessant, und im weiteren Verlauf erwuchs daraus ein Konflikt zwischen UmweltschützerInnen und den für die Bevölkerung in den TTL zuständigen Beamten. Meist gewannen die UmweltschützerInnen, und dies oftmals dank Tourismus-Argumenten: Die neuen Möglichkeiten von Wildtierfarmen und Jagdsafaris auf Privatland interessierten viele SiedlerInnen. Im Schicksalsjahr 1968 kam noch ein weiterer Faktor hinzu: Die bewaffneten Ableger der Unabhängigkeitsbewegungen fanden in den weiten Wildschutzgebieten und Parks versteckte und Versammlungsorte. Bei einer Aktion gegen die Tsetse-Fliege wurden nicht nur 55 000 Stück Wild mit Tsetse-Verdacht sondern auch das Grossvieh der ParkbewohnerInnen vernichtet und diese endgültig aus diesem Landstrich vertrieben, damit die Natur sich wieder unbehelligt entwickeln könne. Diese Massnahme wurde umgesetzt, obwohl inzwischen Gutachten belegten, dass von den ParkbewohnerInnen keine Beeinträchtigungen der Biodiversität oder des Wildbestandes ausging.

Die BewohnerInnen wurden auf die umliegenden TTL verteilt, obwohl diese bereits überbevölkert waren. Mit der Entwaldung und Überweidung zerfiel der Boden zu Staub, die Pflanzenvielfalt hatte sich bereits erheblich reduziert. Wo diese Probleme zu offensichtlich wurden, konnten die Beamten nur mit erneuten Umsiedlungsaktionen reagieren – die TTL wurden jedoch nie erweitert. Vielmehr waren bereits in den 1950er Jahren erhebliche Teile von Matibi II und Sangwe für den Verkauf abgetrennt worden. Dieses Farmland wurde meist an Shona aus weiter nördlich gelegenen TTL verkauft, die als bessere Farmer angesehen wurden.

Kulturelle Verluste

Die Abtrennung von Gonakudzingwa von Matibi II wie auch die Ausgrenzung aus dem Gonarezhou-Gebiet bedeutete für die Shangaan zusätzlich kulturelle Verluste. Denn dort befanden sich verschiedene heilige Stätten und Horte ihrer Identität, wo ihre Führer Zeremonien für den Schutz durch das Clantotem, für Regen und die Legitimation ihrer Herrschaft abhalten mussten. So werden noch heute die AIDS-Plage und die immer öfter auftretenden Dürren auf den fehlenden Zugang zu diesen Orten zurückgeführt. Als ebenso verheerend erwies sich die Zerstückelung der Clans auf verschiedene TTL, deren Bevölkerung nun aus verschiedenen Clans und Ethnien zusammengesetzt war. Die Strategie der Beamten, die Menschen über ihre in die Verwaltung eingebundenen Anführer zu kontrollieren, führte sich damit selbst ad absurdum und die parallel eingeführten «Ward Development Commissions» erlangten nie wirkliche Autorität.

Kriegszeiten im Grenzland

1975 wurde der Gonarezhou endgültig zum Nationalpark erklärt und jedes Betreten durch die TTL-BewohnerInnen einer amtlichen Bewilligung unterstellt. Der Bürgerkrieg war vollends ausgebrochen, begünstigt durch die Unabhängigkeit Mozambiques, das den RebellInnen Aufmarsch- und Rückzugsgebiet bot. Die



BäuerInnen und Viehhirten im Sengwe Korridor, der den Gonarezhou Nationalpark mit dem Krügerpark verbindet (Bild: A Caron 2006).

BewohnerInnen der grenznahen TTL wurden in befestigte und streng kontrollierte Siedlungen zusammengezogen, um die umherschweifenden Guerilla-Truppen von der Lebensmittelversorgung abzuschneiden. Einzelne Individuen entzogen sich aber der Umsiedlung in die «beschützten Dörfer» und versteckten sich im Busch und in den Wäldern des Gonarezhou. Dies war allerdings gefährlich, denn nun durchkämmte das Militär regelmässig die Wildnis und hatte freie Hand sogenannte Wilderer kurzerhand zu erschiessen.

Als sich die Siedler-Regierung 1980 zu Verhandlungen gezwungen sah, da der Krieg gegen die beiden Rebellennormen ZANLA und ZIPRA nicht zu gewinnen war, und ein unabhängiges Zimbabwe entstand, änderte sich die Lage im südwestlichen Lowveld erneut. Bestärkt vom Wahlsieg der Shona-Mehrheit und vom zwangsweisen Aufenthalt befreit, zogen grosse Gruppen von Shona aus ihren überfüllten TTL in den Südwesten. Erneut kamen die Shangaan unter Druck, vor allem weil die Shona mit ihrem Vieh rasch die Weiden füllten, während das eigene Vieh durch die Tsetse-Kampagne und die Selbstversorgung der Guerilla weitestgehend verschwunden war. Zeitweise kam es auch zu militärischen Säuberungen von «DissidentInnen».

Der Mann auf der Umfahrungspiste empfand die Invasion der Shona als eine weitere Vertreibung. Und da stand er mir nun Rede und Antwort auf meine Frage, wie sie denn diese erneute Landnahme des Militärs im Jahr 1988 bewältigt hätten. Nachdem die zimbabwische Armee nicht nur die fünf Kilometer von der Grenze landeinwärts von Siedlungen geräumt hatte, sondern auch einen Streifen von 30 Kilometern Breite auf der mozambikanischen Seite, und nachdem während zwei Jahren kein RENAMO-Einfall mehr registriert worden war, hob die Regierung 1991 die Räumungsverordnung wieder auf – dies auch aufgrund von Empfehlungen mehrerer Entwicklungs-Agenturen. Einige der Militärs, von denen man munkelt, sie hätten sich in jener Zeit reichlich mit Elfenbein und Jagdtrophäen eingedeckt, dürften dies bedauert haben. ■

Susy Greuter ist Sozialanthropologin mit langjähriger Afrikaerfahrung und Mitglied des Afrika-Komitees. Sie war von 1988 bis 1994 in Zimbabwe tätig. In diesem Rahmen recherchierte sie 1990 bis 1991 während 120 Tagen die Auswirkungen der Militärpräsenz im Grenzstreifen zu Mozambique und arbeitete mögliche Hilfsmassnahmen für dessen Bevölkerung aus. Kontakt: susy.greuter@sunrise.ch.

Die grüne Wirtschaft

Eine globale Lösung zur Rettung der Welt?

Mehr als anderswo auf dem Kontinent wird im südlichen Afrika Kapital aus der Natur geschlagen. Die Zahl privater BetreiberInnen von Wildtierfarmen sticht genauso heraus wie die Grösse der grenzüberschreitenden Peace Parks oder der Beschäftigungsprogramme für ökologische Massnahmen. Vordergründig scheint die Ökonomisierung von Natur gut zu spielen und sich als Erfolgsmodell anzubieten. Doch wie Luregn Lenggenhager und James Merron aufzeigen, zementieren die Massnahmen Machtverhältnisse. Die lokale Bevölkerung hat nur sehr beschränkten Einfluss auf die Weichenstellungen zur eigenen Zukunft.

8



Im Programm Working for Water wird in der Baviaanskloof (Ostkap) im grossen Stil der heimische Spekboom angepflanzt (Bild: James Merron 2012).

Eine ökologische Wirtschaft, die sogenannte «Green Economy», scheint für viele Beteiligte ein Zaubermittel für die Lösung einer Vielzahl globaler Probleme zu sein, sei es die Bekämpfung des Klimawandels durch Pflanzen oder die Schaffung von Frieden und Wohlstand über den Schutz von Elefanten und Nilpferden. Das dabei oft angeführte Argument, man müsse Natur verkaufen um sie zu schützen, liefert jedoch auch einen guten Vorwand, bisher allgemeine Güter in ein kapitalistisches System einzufügen und dabei neue Räume für Kapitalgewinn zu erschliessen. Vor diesem Hintergrund erscheint es umso überraschender, dass gerade auch viele Nichtregierungsorganisationen und Non-Profit Organisationen in der Vermarktung von Natur eine «globale Lösung» sehen. Zwei Beispiele sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Elefanten ohne Grenzen

In den letzten gut zehn Jahren entwickelte sich die Peace Parks Foundation (PPF) zu einer sehr einflussreichen NGO im südlichen Afrika, welche dank ihren teilweise als grössenwahnsinnig bezeichneten Projekten

immer wieder der Kritik ausgesetzt ist, sie betreibe Green Grabbing oder gar Neokolonialismus im grossen Stil. Die PPF entwickelt, unterstützt und ermöglicht grenzüberschreitende Naturschutzgebiete im gesamten südlichen und östlichen Afrika. Ihr grösstes Projekt, die Kavango-Zambezi Transfrontier Conservation Area, kurz Kaza Peace Park, erstreckt sich über 400 000 km² und fünf Länder (Namibia, Zambia, Angola, Zimbabwe und Botswana). Damit ist das Naturschutzgebiet fast zehnmal grösser als die Schweiz. Der Kaza Peace Park soll nicht nur die Biodiversität wahren, sondern auch sozioökonomischen Aufschwung bringen und das Gebiet politisch stabilisieren.

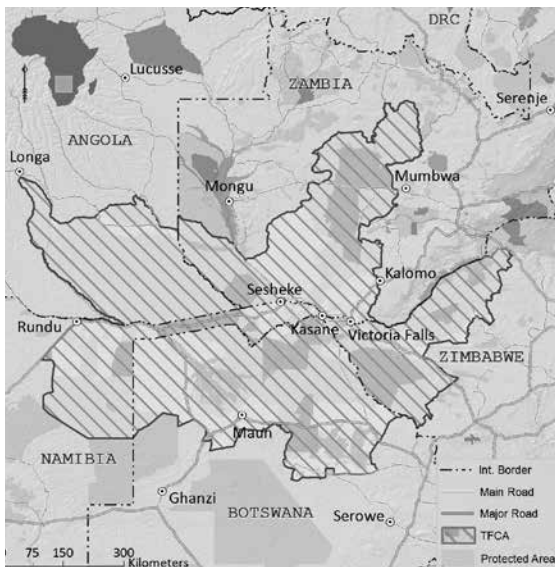
Obwohl die PPF keine profitorientierte Organisation und sehr bemüht ist, sich als unterstützende und beratende Kraft im Hintergrund zu halten, während «lokale» und staatliche AkteurInnen als eigentliche Treibkraft für die Errichtung von Peace Parks wirken, soll sie hier doch auch unter dem Gesichtspunkt von Green Grabbing betrachtet werden. Grösse und Breite der Projekte der PPF spiegeln sich auch in der Vielfalt der an ihnen geübten Kritik wider, welche von allgemeiner Macht- und Kapitalismuskritik bis hin zur Auseinandersetzung mit sehr spezifischen lokalen Konflikten geht.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die PPF dank ihren einflussreichen und finanzstarken südafrikanischen und internationalen UnterstützerInnen und einem aufwändigen Marketing zu einer sehr mächtigen Akteurin in Bezug auf das Management von Ressourcen, Naturschutz und eine ökologische Wirtschaft wurde. Durch ihr enges Netzwerk von PartnerInnen vor Ort, wie zum Beispiel dem WWF, und guten Verbindungen zu staatlichen Stellen hat die Stiftung ohne Zweifel grossen Einfluss auf Entwicklungsstrategien in den Parks. Gleichzeitig prägte sie durch ihre weltweite Ausstrahlung, ihr Engagement in der Ausbildung von jungen Naturschutz- und Tourismusfachleuten, sowie ihrer Beteiligung an verschiedenen Kartographierungsprojekten grundsätzlich die inhaltliche und geographische Definition eines «erfolgreichen» Naturschutzes im südlichen Afrika. Dieser Anspruch zeigt sich nicht zuletzt in ihrem Slogan «Peace Parks – the Global Solution».

Auch wenn die Peace Parks Foundation selbst keinen direkten Profit erwirtschaftet, schafft sie durch ihre Projekte dennoch Strukturen, welche es gewissen AkteurInnen ermöglichen, Wert aus der neu geschützten Natur zu schaffen, andere dabei jedoch unweigerlich ausschliessen.

Der Wert der Natur

Auch das UNESCO Weltnaturerbe «Cape Floristic Region» in Südafrika kann als ein grenzüberschreitendes Gebiet bezeichnet werden, grenzt es doch an zwei sehr unterschiedliche Provinzen: Westkap (eine der reichsten Provinzen) und Ostkap (eine der ärmsten). Während die meisten «charismatischen Tiere» in den Kap-Provinzen auf eingezäunten, privaten Wildtierfarmen zu finden sind, rühmt sich das Weltnaturerbe mit «charismatischen Pflanzen». Der Wert dieser Pflanzen wird gemessen an der Zahl der durch sie generierten TouristInnen und ihrem Beitrag zum Schutz vor Katastrophen – seien es lokale, wie Überschwemmungen, Feu-



links:
Die Kavango-Zambezi Transfrontier Conservation Area (Kaza Peace Park) erstreckt sich über 400000 km² und fünf Länder. Sie ist das ambitionierteste Projekt der Peace Park Foundation (Karte: Peace Parks Foundation).

rechts:
Die Peace Parks Foundation preist ihr Modell als eine globale Lösung an (Bild: James Merron 2014).

er und Dürre oder globale, wie der Verlust von Artenvielfalt oder die Klimaerwärmung. ÖkonomInnen berechnen auf dieser Basis das sogenannte «Naturkapital» und erarbeiten entsprechende Handlungsstrategien.

Eine als besonders erfolgreich bezeichnete Handlungsstrategie sind Ausgleichszahlungen – die sogenannten «Payments for Ecosystem Services». Seit 1995 werden mit solchen Programmen die «Ärmsten der Armen» für Arbeiten zum Erhalt der Natur entschädigt. Dies beinhaltet «Working for Water» (Ausrottung invasiver Pflanzen zum Schutz vor Dürre und Feuer), «Working for Wetlands» (Anpflanzen von indigenen Arten, z. B. Spekboom, zum Schutz vor Überschwemmungen und Auswirkungen des Klimawandels) und «Working for Energy» (Energieproduktion durch Biomasse). Die Programme wurden lange durch staatliche Beiträge zur Armutsbekämpfung finanziert, seit einiger Zeit haben jedoch grosse südafrikanische Firmen wie zum Beispiel South African Breweries und Woolworths damit begonnen, solche «grüne» Projekte massiv zu unterstützen.

Da sie darauf abzielen, Armut zu bekämpfen und gleichzeitig ökologische Probleme zu lösen, werden diese Strategien oft als von beiderseitigem Vorteil oder gar als Zaubermittel zur Lösung von globalen und lokalen Herausforderungen aller Art bezeichnet. Magisch sind solche Lösungen jedoch wohl hauptsächlich insofern, als dass ihre Resultate so gut wie unbekannt sind. Dennoch haben sich die arbeitsintensiven Aktivitäten zum Schutz der Natur zum «grössten Naturschutzprojekt Afrikas» entwickelt und wurden vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP als Südafrikas erfolgreichstes öffentliches Arbeitsprogramm bezeichnet.

Das Payment for Ecosystem Services Project und andere sogenannte «grüne Projekte» werden von einem Netzwerk von wissenschaftlichen ExpertInnen und NGOs gefördert, welche die Programme untersuchen, testen und für gutes Feedback sorgen. Diese Fachleute besetzen oftmals wichtige Funktionen in internationalen Wissenschaftsbetrieben, staatlichen Institutionen oder in der Tourismusindustrie. Dabei entwerfen sie eine «grü-

ne Zukunft», in welcher sie sich selbst immer mehr institutionalisieren können. Dies ist insbesondere auch innerhalb der vielen Naturschutzgebiete der Cape Floristic Heritage Site der Fall.

Wessen grüne Zukunft?

Die Visionen und Strategien der hier beschriebenen Organisationen scheinen das hehre Ziel einer glücklichen Zukunft für alle in einer gesunden Umwelt zu verfolgen. Sie versprechen Frieden, wirtschaftlichen Aufschwung, Stabilität und sogar eine gewisse Handlungsmacht für die lokale Bevölkerung, welche an der gemeinsamen Zukunft mitarbeiten soll. Doch die Vision einer grenzenlosen Welt, in welcher Elefanten friedlich durch indigene Pflanzen ziehen, wird durch stark militarisierte Einheiten zur Bekämpfung von Wilderern, Drohnen zur Überwachung aus der Luft und teilweise drakonische Gesetze geschützt. Gleichzeitig eröffnen solche «Paradiese» einer globalisierten Tourismusindustrie neue Märkte und schaffen neue Möglichkeiten für Grosskonzerne, ihren gesellschaftlichen Einfluss mittels sozialen Investitionen zu stärken. Der Schutz der Natur als Mittel zur Sicherung einer gemeinsamen Zukunft, wie 1987 im Brundtland-Report vorgeschlagen, scheint immer stärker auszublenden, dass Zukunft immer nur als Alternative existiert. Solche «Zukünfte» werden nur sehr beschränkt durch die Menschen vor Ort definiert; das grosse Bild wird von globalen Konzernen, Naturschutzorganisationen und ExpertInnen entworfen, welche durch ihr Engagement in der grünen Wirtschaft ihren finanziellen Profit und ihre Machtausübung moralisch legitimieren können. ■

Luregn Lenggenhager ist Assistent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Universität Zürich. In seinem Dissertationsvorhaben setzt er sich mit Praktiken der Raumordnung im Diskurs von Naturschutz am Beispiel der Region des Kavango-Zambezi Peace Parks auseinander. Kontakt: luregn.lenggenhager@uzh.ch.

James Merron ist Doktorand am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel. In seiner Dissertation befasst er sich mit Wassererschützungsprogrammen in Südafrikas Eastern Cape und fragt, wie grüne Technologien und ExpertInnenwissen durch Nichtregierungsorganisationen und AktivistInnen angeeignet und instrumentalisiert werden. Kontakt: j.merron@stud.unibas.ch.

Pressefreiheit

Medien unter Druck

Die Organisation «Reporter ohne Grenzen» hat ein weltweites Klassement der Pressefreiheit veröffentlicht. Wenn auch nicht alle Kriterien zur Einstufung der 180 erfassten Staaten bekannt sind, zeigt der Index doch einige interessante Tendenzen auf. Das beginnt schon bei der Einstufung der USA: Dank der Hatz auf Whistleblower Edward Snowden sind die Vereinigten Staaten vom bedenklichen 32. Rang auf den 46. Rang herabgerutscht. Die ersten drei Ränge belegen Finnland, Niederlande und Norwegen. Das Schlusslicht bilden Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea.

Die grösste Pressefreiheit auf dem afrikanischen Kontinent bieten Namibia (Platz 22), gefolgt von Kapverde (24) und Ghana (27). Erst auf dem vierten Platz folgt Südafrika, welches unter den Medieneinschränkungen von Präsident Jacob Zuma leidet. Die nordafrikanischen Länder liegen alle zwischen dem 121. (Algerien) und 172. Rang (Sudan). Neben den beiden schon genannten Ländern Eritrea und Sudan schliessen Rwanda, Äquatorialguinea und Somalia ausgesprochen schlecht ab. ■

Mozambique

Kampf für Korruption

Im September 2013 wurde Mozambiques Transportminister Paulo Zucula seines Amtes enthoben. Sein Nachfolger ist der Vizeminister für Fischerei, Gabriel Muthisse. Als Grund für die Absetzung nannte Staatspräsident Armando Guebuza die «normale Rotation», um mehr Effizienz im Transportwesen zu erlangen. Doch hinter der Entlassung stecken ganz andere Gründe: Für den Transport von Kohle an den Hafen von Macuze (nördlich von Quelimane) am Indischen Ozean wurde der Bau einer neuen Bahnlinie beschlossen. Der Ministerrat wollte den Bau der Firma Sasol Petroleum International (SPI) zuhalten, welche der Regierungspartei gehört. Doch Zucula beschloss, das Projekt öffentlich auszuschreiben und Konkurrenzofferten einzuholen. Nach Eingang von sechs Bewerbungen wurde das Verfahren abgebrochen. Jetzt wird der Auftrag einer thailändischen Firma zugehalten, mit der eine Firma des Präsidentensohns Mossumbuluco Guebuza als Juniorpartner verbunden ist. Schon früher hatte es Spannungen zwischen Paulo Zucula und der Regierungselite gegeben, als Zucula den Auftrag zum Bau des Kohleterminals im Hafen von Beira ausschrieb, obwohl Guebuzas Sohn den Auftrag erhalten sollte. ■

Biofuel-Investitionen eine Chimäre?

Von den 209000 Hektar Land (nicht 500000 Hektaren, wie von AktivistInnen behauptet), das zwischen 2000 und 2012 in Mozambique an 48 verschiedene Biofuel-Projekte vergeben wurde, wurden lediglich 6000 Hektaren je bepflanzt. Bis 2012 überlebten nur zwei der ursprünglich dotierten Firmen. Die eine pflanzte auf 2300 Hektaren Yatropha, die andere hat mittlerweile die Produktion von Maniok für Biofuel aufgegeben. Immerhin produzieren ältere Zuckerplantagen eher mehr Ethanol als zuvor. Was mit dem geleasten oder verkauften Land nun geschieht, ist leider unbekannt. Ist der Entscheid aufgeschoben bis zum endgültigen Peak-Oil? ■

Weltbank setzt sich von Rezepten des IWF ab

In einem Gutachten schätzt die Weltbank die Investitionen von Gewinnen aus der Erdgasförderung in das Bildungswesen als «grösstmöglichen Gewinn für die kommenden Generationen» ein. Ähnliches sagt zwar auch ein Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds (IWF), aber dieser hält in seiner Politik nach wie vor am altbekannten Spar-Rezept für die öffentliche Verwaltung fest. Dies bewirkte in den vergangenen zwei Jahren, dass statt HochschulabgängerInnen vornehmlich weniger gut ausgebildete LehrerInnen eingestellt wurden, sodass auch der Finanzminister diesen Kurs nun verlassen will. Der IWF wiederum verteidigt seine Forderungen mit dem Hinweis, dass Sparen in der Bildung sich nicht auf private Schulen erstrecke. In einem Interview gestand der Generalsekretär der Weltbank hingegen ein, dass die Erhebung von Gebühren für die medizinische Basisversorgung die gesundheitliche Lage der Bevölkerung verschlechtert hat. Trennt sich die Weltbank von ökonomischen Kurzzeit-Remeduren? ■

Korruption am helllichten Tag

Seit 2011 tauchen regelmässig an die 15 Prozent der Einnahmen der staatlichen Öl- und Gas-Industrie von Nigeria nicht in der nationalen Buchhaltung auf. Dies zeigte der Gouverneur der Central Bank of Nigeria (CB), Mallam Sanusi Lamido Sanusi mit einem Vergleich der Summen auf, die der internationale Markt für Exporte aus Nigeria ausweist, mit jenen, die bei der CB als Einkommen ankamen. Darüber hinaus wurden die 2009 per Gesetz abgeschafften Subventionen für Kerosin die ganze Zeit über weiter ausgezahlt. Dies allerdings nicht zugunsten der kleinen Leute, die meist mit Kerosin kochen aber bereits seit einiger Zeit Weltmarktpreise dafür bezahlen, sondern zugunsten einer Gruppe von TreibstoffhändlerInnen, die zusammen monatlich an die 100 Millionen USD aus diesem Frevel einstreichen konnten. Sanusi brachte mit seinem Bericht nicht nur die Ministerin für Petroleum-Ressourcen Diezani Alison-Madueke in Verlegenheit, sondern stellte fast das ganze Team um den Präsidenten Goodluck Jonathan in ein schiefes Licht. Dieser will sich scheinbar nicht von seiner «Laissez-faire»-Politik abbringen lassen und dispensierte den streitbaren CB-Gouverneur. Nur die Börse und die Währung reagierten scharf. ■

Boko Haram und die Opposition

Im Nordosten Nigerias herrscht der Terror der fundamentalistischen Jihad-Organisation Boko Haram unvermindert weiter. Kürzlich wurde zum zweiten Mal eine Mädchen-Sekundarschule überfallen und 190 Mädchen entführt. Diese werden nun von Eltern, christlichen Milizionären und der Armee hektisch gesucht. Doch auch ein gleichzeitiges Massaker durch Boko Haram in Abuja zeigt, dass die Armeeeinsätze und der vor einem Jahr in drei Teilstaaten ausgerufenen Notstand die Sicherheitslage keineswegs verbessern konnten. Immer wieder kommt auch die Frage auf, wer im Land ausser Al Kaida unterstützt. Stehen separatistische Ziele im Hintergrund? ■

Ermordung von Dissidenten

In Johannesburg wurde ein exilierter rwandischer Dissident, der bereits zwei Anschläge überlebt hat, erneut angegriffen. Die südafrikanischen Sicherheitsdienste gehen davon aus, dass im Falle dieses früheren Armeeingehörigen – wie schon bei der Ermordung eines «abtrünnigen» Geheimdienstleiters – die rwandische Regierung direkte Auftraggeberin ist. Präsident Kagame hatte schon früher gewarnt, dass «Personen, welche das Land verraten, mit Konsequenzen rechnen müssen.» Nachdem Südafrika in der Folge drei rwandische Diplomaten auswies, reagierte Rwanda mit der Ausweisung von sechs südafrikanischen Diplomaten. ■

Domino-Effekt der Hutu-Verfolgungen im Ostkongo

20 Jahre nach dem Genozid in Rwanda widmete BBC im April ihr Sendegefäss «The African Debate» der Frage, wie gut sich die Region der Grossen Seen in Ostafrika von diesem Geschehen erholt hat. Dabei griff sie einen Bericht des UN-Menschenrechtskommissars von 2010 wieder auf, der es wagte, die Kehrseite des Tutsi-Martyriums zu beleuchten. Die Verfolgungen der fliehenden Hutus nach der Machtübernahme durch die FLN unter Paul Kagame überschritten vielfach die Grenze zum Kongo (DRC) und schlossen dort auch seit Langem angesiedelte Hutus ein. Den kaum geringeren Grausamkeiten fielen offensichtlich an die 20 000 Hutus rwandischer und kongolesischer Nationalität zum Opfer, weitere Zehntausende der Perpetuierung dieser Rache durch von Rwanda vermutlich heimlich unterstützte Tutsi-Milizen. Die Eröffnung eines Tribunals zu den Jahren der rwandischen Armee-Übergriffe (1996–1998) und zu den nachfolgenden 15 Jahren Milizenherrschaft im Ostkongo stand 2010 zur Diskussion, wobei die kongolesische Regierung sich ausserstande erklärte, dies zu schultern. Da aber die anhaltende Instabilität des Ostkongo immer klarer auf diese Ursachen verweist, ist das letzte Wort vielleicht noch nicht gesprochen. ■

Neue Erkenntnisse über Ursachen des Konflikts

Während die Kämpfe im Norden von Süd-Sudan weitergehen, und die Afrikanische Union die Entsendung von Truppen erwägt, versuchen Diplomaten in Addis Abeba erneut, die streitenden Gruppierungen an einen runden Tisch zu bringen. Erstmals ging Präsident Salva Kiir darauf ein, dass es bei dem Streit weniger um einen Putsch-Versuch oder um ethnische Differenzen geht, sondern um Spannungen innerhalb der Partei (Sudan's People Liberation Army, SPLA). Neben Salva Kiir und dem abtrünnigen Vizepräsidenten Riek Machar gibt es eine dritte Gruppierung, die Kiir kritisiert, ohne sich Riek anzuschliessen. Sie strebt einen Neustart ohne die beiden Rivalen Kiir und Riek an. Eine Interims-Regierung soll eingesetzt und Neuwahlen sollen ausgerufen werden. AnalystInnen weisen darauf hin, dass ein solcher Neustart notwendigerweise mit einer Reform der 2011 eilig aufgestellten Verfassung beginnen muss. Diese übernahm grosse Teile der englischen Kolonial-Verfassung, welche die tendenziell nomadischen Volksgruppen in fixe Identitäten und Territorien aufteilte und dabei Minderheiten in den Provinzen zu Fremden ohne traditionelle Rechte machte. Darüber hinaus führte die Verfassung den militärischen Charakter der SPLA über extreme Vollmachten des Anführers fort: Der Präsident kann jegliche interne Diskussion verweigern und sich der Gegenstimmen durch Rauswurf oder Auflösung sekundärer politischer Institute entledigen. Sowohl an der Basis wie auf Führungsebene war somit das Fundament für den Bürgerkrieg gelegt. ■

Organisierte Verantwortungslosigkeit

Enthüllungen der Untersuchungskommission nach dem Marik

Bei einem Streik im südafrikanischen Marikana erschoss die Polizei am 16. August 2012 34 Arbeiter. Nach dem Massaker wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, um die schockierenden Ereignisse aufzudecken. Bisher identifizierte sie 60 Personen, die des Mordes angeklagt werden sollen, berichtet Esther Uzar, die die Untersuchungen verfolgte.

Der Streik im südafrikanischen Bergbau im August 2012 erschütterte die Öffentlichkeit, als Polizei und Spezialeinheiten 268 Schüsse abfeuerten, dabei 34 Arbeiter erschossen, über 100 verletzten und 259 festnahmen. Eine hohe Gewaltbereitschaft unter den Arbeitern vor und nach dem Massaker führte zu 24 weiteren Todesopfern. Wie konnte es zu diesen schockierenden Ereignissen kommen? Wer waren die Drahtzieher hinter dem Spezialeinsatz der Polizei? Welche Rolle spielten die Regierung, das Unternehmen und die Gewerkschaften?

scherguppe der Universität Johannesburg und bringen schockierende Einzelheiten ans Licht: Die Geschäftsführer der LONMIN-Werke, der ANC-Vizepräsident Cyril Ramaphosa und der Vorsitzende der Bergbaugewerkschaft NUM hatten Druck auf den Polizeiminister und die Bergbauministerin ausgeübt, paramilitärische Einheiten einzusetzen, da der Streik kein Arbeitskonflikt sei, sondern eine kriminelle Handlung. In der Tat haben die Firma, die Polizei, der ANC-Vizepräsident und die Gewerkschaft National Union of Mineworkers NUM in der Woche vor dem Massaker eng miteinander kooperiert – eine todbringende Zusammenarbeit.

Mutmassungen über Kungeleien der Regierungs- und Parteiverantwortlichen

Cyril Ramaphosa gehörte einst zu den Gründervätern der Bergbaugewerkschaft NUM; heute hält der ANC-Vizepräsident Anteile am LONMIN-Konzern. Ramaphosa formulierte am siebten Tag des Streiks in einer E-Mail an den Firmenvorstand: «Die schrecklichen Ereignisse können nicht als Arbeitskampf beschrieben werden... Alle Regierungsverantwortlichen müssen verstehen, dass wir es mit einem kriminellen Akt zu tun



Zapiro's cartoon shows a wizard, who first uses magic to protect workers from bullets, and then later uses magic to protect the government, police, and unions from blame. (Image: Zapiro 23. August 2012, with friendly permission, www.zapiro.com).

Die Untersuchungskommission ist immer noch an ihrer Arbeit. Bisher befragte sie Arbeiter, Gewerkschaften und Polizei, doch auf Befragungen politisch Verantwortlicher warten wir weiterhin. 60 Personen wurden identifiziert, die des Mordes angeklagt werden sollen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Mitglieder und hochrangige Generäle der Polizei und der Spezialeinheiten. Die bisherigen Ergebnisse der Kommission entsprechen den Befürchtungen einer For-

haben.» Ramaphosa überzeugte die Bergbauministerin Susan Shabangu von dieser Sichtweise, vertrat diese Position gegenüber dem Polizeiminister Nathi Mthethwa und hatte vor, den ANC einzuschalten. Die Bergbauministerin stimmte zu, den Polizeiminister um Verstärkung zu bitten und den Präsidenten Jacob Zuma zu informieren. Unklar bleibt, welches Ausmass diese Einflussnahmen tatsächlich hatten. Bekannt wurde jedenfalls, dass der Polizeiminister die verantwortlichen Ge-

ana Massaker in Südafrika

nerale anrief und über Ramaphosas Anliegen informierte. Den Generälen war die politische Bedeutung des Einsatzes klar: Ramaphosa wollte verhindern, dass der aus dem ANC ausgeschlossene Politiker Julius Malema anreisen, die Situation entschärfen und damit den Eindruck erwecken könnte, er hätte die Minenarbeiter unter Kontrolle. Julius Malema hatte sich für die Verstaatlichung von Bergwerken ausgesprochen, streikende Arbeiter unterstützt, und galt als Gegner von Ramaphosa. Obwohl die Polizeibeamten sich bewusst waren, dass der gewünschte Einsatz Blutvergiessen hervorbringen würde, gaben sie am folgenden Tag den Befehl, die Arbeiter mit Stacheldraht einzuzäunen, ihnen ihre traditionellen Speere, Stöcke und Macheten abzunehmen, oder sie andernfalls festzunehmen. In den Anhörungen beteuerten die Generäle jedoch, sie hätten die Entscheidung ohne politischen Druck getroffen.

Der ANC-Vizepräsident Ramaphosa sprach auch mit dem Vorsitzenden der NUM Senzeni Zokwana. Beide stimmten mit dem Urteil des Firmenmanagements überein, dass die kriminellen Handlungen den Einsatz der Armee erforderten. Als der Gewerkschaftspräsident am dritten Streiktag anreiste, traf er sich mit den Werksvorsitzenden, rief anschließend den Polizeiminister an und forderte verstärkten Polizeieinsatz. Zokwana gab zu Protokoll: «Es war nicht länger eine Situation, wo man Verhandlungen bräuchte. Es war eine Situation, wo professionelles Personal nötig war, um Recht und Ordnung wiederherzustellen.»

Gewerkschaft ohne Kontakt zu den Arbeitern

Die Gewerkschaftsführung traf sich täglich mit der Firma und der Polizei; doch sprach der Vorsitzende mit keinem einzigen lokalen Vertreter, bevor er im Polizeiministerium anrief. In der Tat hatten weder Vertreter der Gewerkschaft, noch der Firma oder der Regierung die Arbeiter in den ersten sieben Streiktagen angesprochen, sondern nur ein Polizeivermittler. Und so war es auch ein Polizeigeneral, der die Vorsitzenden der Gewerkschaften NUM und Association of Mineworkers and Construction Union AMCU überredete, vor dem Einsatz an die Arbeiter zu appellieren – doch diese wollten von den Gewerkschaften nichts hören. Von Beginn des Streiks an hatten lokale Vertreter der NUM Gewerkschaft die Arbeiter ermahnt, weiter zu arbeiten. Die Distanz zwischen Gewerkschaftsleitung und den streikenden Arbeitern wurde besonders deutlich, als letztere am dritten Tag zum Büro der Gewerkschaft stürmten, deren lokaler Vertreter jedoch Schlagstöcke und Speere an seine Mitarbeiter verteilte, um das Büro gegen einen Angriff zu verteidigen. Ein weiterer Gewerkschaftsvertreter feuerte Schüsse auf die Arbeiter, um die Flucht «an einen sicheren Ort im Busch» zu ermöglichen.

Seit den tragischen Ereignissen hat die NUM die Mehrheit in den grossen Platinwerken verloren und sich zurückgezogen. Stattdessen gewann die AMCU Zehntausende von Mitgliedern und ist nun offizieller Verhandlungspartner. Weitere Gewerkschaften wurden gegründet, und ein erbitterter Konkurrenzkampf ist entstanden, der schon einige gewalttätige Übergriffe mit sich brachte. Präsident Zuma bemühte sich in der Folge, die Arbeiter als so brutal darzustellen, dass Mass-

nahmen zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung gerechtfertigt erscheinen.

Was haben die Arbeiter erreicht?

Die Arbeiter haben nun immerhin eine Vertretung, die ihre Frustrationen zur Kenntnis nimmt. Doch Grosskonzerne zu zähmen ist eine Herausforderung. Seit dem 23. Januar 2014 streiken erneut über 70 000 Mitglieder der AMCU – es ist der grösste Streik im südafrikanischen Bergbau seit 1994. Sie fordern einen Monatslohn von mindestens 12 500 ZAR (umgerechnet 1020 CHF) und marschierten zum Regierungssitz in Pretoria, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Firma Anglo American Platinum (Amplats) ihrerseits verklagte die Gewerkschaft für Schäden, die beim Streik verursacht wurden. Die Unruhen im Bergbau erhalten zusätzliche Bedeutung, da Südafrika am 7. Mai 2014 eine neue Regierung wählen wird. Während weder die Regierungspartei noch die NUM an der Gedenkfeier ein Jahr nach dem Massaker teilnahmen, schlägt Julius Malema politisches Kapital aus der Tragödie. Er veranstaltete die Gründungsfeier seiner neuen Partei Economic Freedom Fighters in Marikana und erfreut sich grosser Beliebtheit unter den Arbeitern.

Auch Cyril Ramaphosa hofft, eine Führungsposition im künftigen Parlament zu erhalten. Zurzeit steht er auf dem zweiten Listenplatz der ANC-Kandidaten, gleich nach Zuma. Der NUM-Vorsitzende Zokwana ist ebenfalls ANC-Parteigenosse und bereit, in der Nationalversammlung zu dienen. Zokwana sitzt darüber hinaus im Leitungsgremium des Gewerkschaftsdachverbands COSATU und führt die South African Communist Party. Schockierenderweise wird er seit seinem Gewerkschaftsvorsitz im Jahr 2000 von den Bergwerken direkt bezahlt. Seit den 1980er Jahren entlohnen die Unternehmen die regionalen Vertreter, während die Bergbaukammer die Löhne der nationalen Leitung übernimmt. Zokwana sieht keinen Interessenskonflikt in diesem Arrangement, doch die Bergbaukammer kündigte an, sie würde diese Praxis zum Jahresende 2013 einstellen.

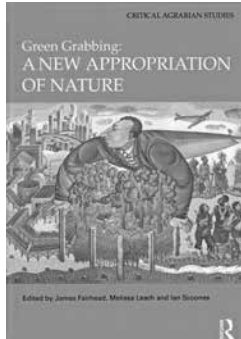
Mit Bangen müssen wir uns vor den Wahlen fragen, ob Südafrika einen neuen Vizepräsidenten erhält, der Streikende als Kriminelle bezeichnet und die Verantwortung für die Regelung von Streiks nicht bei den Gewerkschaften, den Firmen oder der Politik sieht, sondern bei der Polizei. Und wie wird es mit den Gewerkschaftsvorsitzenden weitergehen, die enger mit den Firmenleitungen und der Polizei zusammenarbeiteten als mit den eigenen Mitgliedern, und die anstatt das Arbeitsministerium zu kontaktieren beim Sicherheitsministerium eine Armee anforderten? ■

Esther Uzar ist Doktorandin am Zentrum für Afrikastudien Basel und befasst sich im Rahmen des Forschungsprojekts African Political Cultures mit Gewerkschaften in der Bergbauindustrie in Zambia. Kontakt: esther.uzar@unibas.ch.

Alle Zitate sind den Transkriptionen der Untersuchungskommission entnommen und im Internet frei zugänglich unter www.marikanacomm.org.za.

Literatur

Buchbesprechungen



Der Griff nach der Natur

jm. Die Farbe Grün steht je nach Betrachtungsweise für Heilung und Gesundheit oder für Gift. In ihrem Buch «Green Grabbing: A new appropriation of nature?» verbinden die HerausgeberInnen Land Grabbing mit der Idee, Natur zu verkaufen um sie zu schützen. Die Publikation fokussiert dabei auf Argumente, welche den Mechanismen der Green Economy kritisch gegenüberstehen. Dies betrifft insbesondere die Transformation von Land in «Naturkapital». Dieses Kapital wird von einem Netzwerk aus Tourismusunternehmen, globalen Konzernen und WissenschaftlerInnen genutzt, steht aber in Konflikt mit Prozessen lokaler, institutioneller Transformationen. Die Kritik an den globalen Prozessen von Green Grabbing ist gewiss berechtigt, sie erfordert jedoch auch eine Auseinandersetzung mit spezifischen, lokalen soziologischen und kulturellen Bedingungen. Dies leistet das Buch in Form mehrerer Fallstudien. Es bietet somit eine empfehlenswerte Lektüre zum besseren Verständnis von Green Grabbing. Der Band wurde zuerst als Themenheft des Journals of Peasant Studies (Band 39, Nr. 2, 2012) veröffentlicht. ■

James Fairhead, Melissa Leach, Ian Scoones: Green Grabbing. A New Appropriation of Nature. London 2013 (Routledge).

Horror in Matabeleland

hus. «Wegrennen mit Mutter», was mit dem Titel des Romans des 1970 in Bulawayo geborenen Christopher Mlalazi gemeint ist, wird rasch klar. Die 14-jährige Rudo, Tochter einer Shona-Mutter und eines Ndebele-Vaters, erlebt 1982 den Beginn der grauenhaften Tage der Gukurahundi-Kampagne. Im eben erst unabhängig gewordenen Zimbabwe marodieren in Matabeleland ehemalige ZAPU-Kämpfer. Unter dem Vorwand, mit diesen Dissidenten aufzuräumen, verwüsten ZANU-Regierungstruppen ganze Dörfer und ermorden die Ndebele-Be-

wohnerInnen. Rudo entkommt dieser Schlächtere, weil sie als Shona gilt. Zusammen mit ihrer Mutter und einer überlebenden Ndebele-Tante flieht sie. Im abgebrannten Gehöft von Verwandten finden sie den Säugling Giftie, der das Massaker überlebte. Auf der Flucht in die nahen Berge entgehen sie wiederholt nur durch Glück dem Tod.

Zahlreich sind die zum Befreiungskampf in Zimbabwe erschienenen Romane. Nun liegt erstmals in Deutsch ein Buch vor, dessen Geschichte während des Gukurahundi spielt, einer blutigen Kampagne, in der die ZANU ihre Dominanz über die rivalisierende ZAPU sicherte. Dieser Kampagne fielen 20 000 Menschen zum Opfer. Die Verantwortlichen für diesen Genozid sind noch immer im Amt. ■

Christopher Mlalazi: Wegrennen mit Mutter. Berlin 2013 (Horlemann Verlag).

Einblick ins Geschäft

hus. Offenbar hat die Prostitution in Bamako – oder gar generell in Afrika, respektive der Dritten Welt? – eine etwas andere soziale Stellung. Aufgrund ihrer Forschungen in der malischen Hauptstadt Bamako kommt die Autorin zum Schluss, dass Prostitution keine gesellschaftlich scharf um- und abgegrenzte Tätigkeit ist, sondern in das gesamte soziale Netz eingewoben ist. Prostituierte in Bamako treten selbstbewusst auf und arbeiten weitestgehend auf eigene Rechnung – Zuhälter sind unbekannt. Das Buch besticht durch zahlreiche interessante Beobachtungen, so etwa, dass in Hotels an der Rezeption vielfach eigentliche Porträtkataloge erfragt werden können, anhand derer dann die Traumfrau für zwei Stunden oder eine Nacht ausgewählt werden kann. Doch in den ärmeren Aussenquartieren dauern dann die zwei Stunden nur noch 15 Minuten... ■

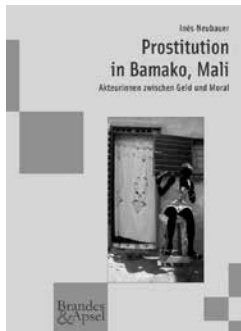
Inès Neubauer: Prostitution in Bamako, Mali. Akteurinnen zwischen Geld und Moral. Frankfurt 2014 (Brandes & Apsel).

Südafrika – ein Blick zurück

bm. Gerade richtig zum 20. Jahrestag des neuen Südafrikas erscheint das kleine Buch von Rommel Roberts. Geschrieben aus der persönlichen Erinnerung eines direkt Beteiligten blickt es von innen auf den südafrikanischen Widerstand. Der Autor stellt den grossen Beitrag dar, den einfache Menschen – und insbesondere Frauen – zur Befreiung des Landes geleistet haben. Dieser Beitrag wurde von offizieller Seite nie gewürdigt. Dabei zieht Rommel einen weiten Bogen, der bei seiner Kindheit im Bloemfontein der 1950er Jahre beginnt, und über Busboykotte und Massenproteste gegen Zwangsumsiedlungen sowie Passgesetze in Kapstadt bis in die Aufbauarbeit der 1990er Jahre im Ostkap reicht. Anschaulich beschreibt Roberts die vielfältigen Bemühungen um gewaltfreie und unkonventionelle Aktionen, welche aus der Zusammenarbeit von engagierten Menschen in den Townships und einzelnen Weissen hervorgingen. Das Buch lebt von der Unmittelbarkeit der Erinnerung und von der Nähe zu den ungeschminkt geschilderten Auseinandersetzungen in den Townships. Dabei werden auch Konflikte innerhalb der Anti-Apartheid-Bewegung thematisiert. Spürbar werden aber auch der Geist der Solidarität sowie die hoffnungsvolle Energie, die den breiten Widerstand gegen die Apartheid beflügelten.

Desmond Tutu, emeritierter Erzbischof von Kapstadt und Friedensnobelpreisträger, hat das Vorwort zum Buch seines ehemaligen Entwicklungsbeauftragten geschrieben. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Roberts heute erneut aufgeboten wird, um bei Armutsprotesten in den informellen Siedlungen zu vermitteln. ■

Rommel Roberts: «Wie wir für die Freiheit kämpften». Von stillen Heldinnen und Helden in Südafrika. Bern 2014 (Lokwort Verlag).



Musik

Neue CDs

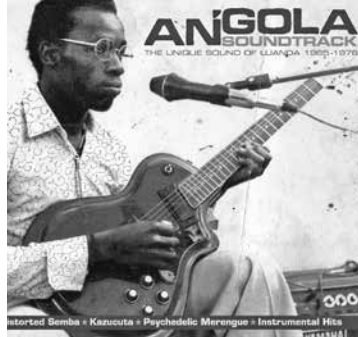


Reiche Hommage an Grand Kallé

Die grosse Musik aus dem Kongo hat eine lange Tradition und beeinflusst bis heute die afrikanische Musik. Der moderne Kongo-Sound, der sich in den 1950er Jahren des letzten Jahrhunderts zu entwickeln begann, hat viele Namen: African Jazz, Rumba, Soukous. Wahre Legenden dieser Musik sind Franco, Dr. Nico, Wendo, der erst kürzlich verstorbene Tabu Ley (Seigneur Rochereau) und, allen voran, Joseph Kabasele (Le Grand Kallé). Als Sänger, Bandleader und Gitarrist führte er die elektrische Gitarre in die kongolesische Musik ein. Diese neue Musik hatte verschiedene Einflüsse. Die Bergarbeiter-Kultur des südlichen Afrikas, traditionelle Stile, europäische Kirchen- und Tanzmusik und, ganz zentral, die afrokaribische Musik. Entstand letztere in ihren Ursprüngen aus der Kultur der afrikanischen SklavInnen, kehrten nun deren Rhythmen wieder zurück nach Afrika: Rumba, Merengue, Boogaloo, Chachacha. Dazu kommt noch eine Prise afroamerikanischer Jazz und Rock'n'Roll.

Gitarren haben in der kongolesischen Musik oft einen wichtigen Platz. Im traditionellen Stil sind es mehr die akustischen, in der moderneren Musik die elektrischen Instrumente. In den Orchestern etablierten sich dann meist gleich mehrere E-Gitarristen.

Ab den 1950er Jahren entstanden eine grosse Zahl Aufnahmestudios und Plattenlabels.



Dadurch verbreitete sich die Musik in grossen Teilen Afrikas, aber auch in Europa und Amerika. Le Grand Kallé war sehr aktiv und komponierte viele erfolgreiche Stücke. In seinen Orchestern begann die Karriere der meisten legendären MusikerInnen und SängerInnen. Sein Orchester African Jazz coverte jedoch auch Songs anderer Musik-Stars. Besonders erwähnenswert ist die Zusammenarbeit mit Tabu Ley Rochereau. Tabu Ley, der übrigens eng mit Patrice Lumumba befreundet war, spielte längere Zeit bei African Jazz.

Joseph Kabasele, der eigentliche Vater der neuen Kongo-Musik, kreierte 1960 zusammen mit Manu Dibango, Dr. Nico und Tabu Ley den unvergesslichen Hit Independence Chachacha – das Lied zur Unabhängigkeit des Kongos.

1983 starb Joseph Kabasele mit 52 Jahren in Kinshasa. Lange war seine Musik, bis auf die ganz grossen Hits, nicht mehr greifbar. Vieles lebte aber weiter in diversen Coverversionen. Sein Einfluss auf die populäre afrikanische Musik ist bis heute spürbar, darunter seine Kunst, mit Leichtigkeit verschiedene Stile in die Musik einfließen zu lassen.

Jetzt liegt eine überzeugende Zusammenstellung der Musik von Le Grand Kallé vor. Auf zwei CDs sind 36 Songs zu hören, aufgenommen und produziert zwischen 1951 und 1970. Dazu kommt ein 104 Seiten starker Begleittext verfasst von Ken Braun. Da wird auf die Musik-



geschichte, die politische und kulturelle Situation und selbstverständlich auf die diversen Stücke eingegangen. Nicht zu kurz kommt die bedeutende Zusammenarbeit mit verschiedenen MusikerInnen auch mit afrokaribischem Hintergrund. ■

Le Grand Kallé. His Life His Music. Joseph Kabasele and the Creation of Modern Congolese Music (2013). 2 CDs und 104-seitiges Booklet (englisch und französisch, verfasst von Ken Braun). Sterns Music.

Der Sound Angolas

Ganz andere Musikstile und doch auch immer wieder Verwandtes ist auf den zwei empfehlenswerten Samplern Angola Soundtrack 1 und 2 zu hören. Hörenswert auch, weil viele unbekannte Perlen zu entdecken sind – Angola Musik mit den verschiedensten Stilen und Einflüssen: Semba, Kazucuta, Psychedelic Merengue, Instrumental Hits und vieles mehr. Das Ganze wurde liebevoll vom in Deutschland lebenden Musik-Archäologen Samy Ben Redjeb zusammengestellt und gut dokumentiert. ■

Angola Soundtrack 1. The Unique Sound of Luanda 1968–1976 (2010, auch auf Vinyl). Analog Africa.
Angola Soundtrack 2. Hypnosis Distortion & Other Sonic Innovations 1969–1978 (2013, auch auf Vinyl). Analog Africa.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch. www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.

Wie auch der Sampler Le Grand Kallé verfügen auch die beiden Angola-Sampler je über ein liebevoll gestaltetes und reichhaltiges Booklet (Bild: www.analogafrica.bandcamp.com).

Tagung:
Sozialpolitik und Wohlfahrtsregime in Afrika
(Universität Freiburg i. Ü., 12. September 2014)

Lange Zeit wurde davon ausgegangen, dass in Afrika soziale Sicherheit hauptsächlich durch nicht-staatliche AkteurInnen wie familiäre, religiöse, nachbarschaftliche oder gemeindebasierte Netzwerke bereitgestellt wird. In den letzten Jahren wird in der entwicklungspolitischen Diskussion zunehmend die Bedeutung staatlicher AkteurInnen bei der Bereitstellung von sozialen Grundsicherungssystemen anerkannt. Diese mögen noch so bescheiden sein, leisten aber einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und werden als Basis für wirtschaftliches Wachstum gesehen. Afrikanische Wohlfahrtsstaaten sind in dieser Perspektive nicht nur nötig, sondern auch möglich und ansatzweise bereits vorhanden. Sie entwickeln und verändern sich im durchaus widersprüchlichen Spannungsfeld von internationalen Geldgebern und innerstaatlichen politischen Strategien (Wahlkampf, Populismus).

An diesem internationalen Workshop werden sich Forschende aus Afrika und Europa mit sozialer Sicherheit in Afrika befassen. Gibt es Wohlfahrtsstaaten in

Afrika und wenn ja, was sind deren Merkmale? Wie relevant sind europäische Konzepte des Wohlfahrtsstaats für Afrika? Was ist der Einfluss von internationalen Organisationen auf die Sozialpolitik? Wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen eine Alternative? Neben diesen eher konzeptuellen Fragen widmen sich Fallstudien den politischen Prozessen, die zur Entstehung und Veränderung sozialstaatlicher Regelungen in unterschiedlichen afrikanischen Kontexten führen.

Beiträge

Jeremy Seekings (Cape Town): Are African welfare states distinctive? The design and politics of African welfare state-building in comparative perspective.

Ndangwa Noyoo (Pretoria): Social policy and welfare regimes typology: Any relevance to South Africa?

Blaise Fofung Vudinga (York): Welfare regime bifurcation by international organisations: Who benefits?

Jean-Pierre Jacob (Genf): «True» and «false» indigents. The implementation of policies concerning the poorest of the poor in West Africa.

Sabine Klocke-Daffa (Tübingen): Contested claims to social welfare: Basic income grants in Namibia.

Eduard Grebe (Cape Town): Politics and welfare policy-making in Uganda: The prospects of for an emerging social protection agenda.

Natewinde Sawadogo (Nottingham): Regimes of social security in Burkina Faso: A political typology.

Erica Dale Penfold (Cape Town): Social policy in post-conflict development states (Mozambique, Rwanda).

Nnanna Onuoha Arukwe (Nsukka): Welfare regimes in four West African states: Implications for established framework and regional integration in Africa.

Jimi O. Adesina (Pretoria): Welfare Regimes in Africa's Development.

Info und Programm: www.sagw.ch/afrika/taetigkeiten

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 153: Soziale Bewegungen
- Afrika-Bulletin 152: Guinea Conakry
- Afrika-Bulletin 151: Landkonflikte im südlichen Afrika
- Afrika-Bulletin 150: Jubiläumsausgabe: 150 Hefte kritische Solidarität
- Afrika-Bulletin 149: Bergbau: Soziale Verantwortung und Konflikte
- Afrika-Bulletin 148: Ernährungssicherheit in Afrika

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 30.–/Euro 25.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 60.–/Euro 50.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2010
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort